



Mehr Lohn, mehr Rente, Armut bekämpfen!

DIE LINKE.

www.hier-und-in-europa.de

Die Konkurrenz um niedrige Löhne und Sozialleistungen in Europa schadet allen!

DIE LINKE streitet für Mindestsätze für Löhne, Sozialleistungen und Besteuerung von Unternehmen

Die Europäische Union regelt viel. Vieles davon geht auf Vorschläge und die Lobbyarbeit von Banken und Unternehmen zurück. Vieles, was für das Leben der meisten Menschen unmittelbar wichtig ist, wird nicht geregelt, weil es keine starke Lobby dafür gibt. Dass die Löhne nicht soweit fallen, dass man davon nicht mehr leben kann. Dass die Menschen in Erwerbslosigkeit und in der Rente vor Armut geschützt werden. Dass die Unternehmen sich nicht in Europa den Standort aussuchen können, wo sie die geringsten oder gar keine Steuern zahlen müssen.

Um das zu regeln, reicht nicht eine einzige europaweite Norm – die Lebensverhältnisse in den verschiedenen Ländern sind noch zu unterschiedlich. Deshalb streitet DIE LINKE für Regelungen, die sich an den Durchschnitt der unterschiedlichen Länder orientieren. Das schützt vor einem Druck nach unten und führt dazu, dass die Löhne insgesamt steigen.

Wir fordern:

- eine verbindliche europäische Mindestlohnregelung, die den Mindestlohn in jedem Land auf 60 Prozent des jeweiligen Durchschnittslohns festlegt, damit alle von ihrer Arbeit leben können.

- einen EU-weiten Mindeststeuersatz für Unternehmen. Die Unternehmen dürfen die Länder und Standorte nicht mehr gegeneinander ausspielen und sich davor drücken, ihren Teil zur Finanzierung des Gemeinwesens zu leisten.

- einen EU-weiten gesetzlichen Anspruch auf Mindestsicherung bei Erwerbslosigkeit und Rente in Höhe von 60 Prozent des mittleren Einkommens vor Ort.

Die Bundesregierung hat in der Krise in Europa darauf hingewirkt, dass die Agenda 2010 nach Europa exportiert wird. Überall sollen die Löhne sinken und die Sozialleistungen abgebaut werden. Damit macht die Bundesregierung auch weiter Druck auf die Löhne in Deutschland. Wenn unsere Nachbarn in Europa verarmen, wird das auch Folgen in Deutschland haben!

Die soziale Ungleichheit in Europa ist in den letzten Jahren enorm gestiegen. Die Krise hat die Reichen reicher gemacht. Allein das Vermögen der Millionäre in Europa ist größer als die Schulden aller EU-Staaten zusammengekommen. Was oft Schuldenkrise genannt wird ist eine Krise der gerechten Verteilung!

- DIE LINKE streitet dafür, dass die Millionäre in allen EU-Staaten eine einmalige Abgabe auf ihr Vermögen leisten müssen. Damit sollen die Kosten der Bankenkrise bezahlt werden. Die Krise darf nicht länger auf dem Rücken der Beschäftigten, Rentnerinnen und Rentner und auf Kosten der Sozialstaaten in Europa gelöst werden.

- Wir wollen Steuerflucht in ganz Europa bekämpfen und Steueroasen trockenlegen.

Europa gehört nicht den Banken und Konzernen! Wir kämpfen für ein soziales Europa, gegen Armut und Ausbeutung.

Deshalb bitten wir am 25. Mai um Ihre Stimme für DIE LINKE!

*Kontakt: DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Telefon: 030/24 00 99 99, Fax: 030/24 00 95 41
wahlquartier@die-linke.de
www.hier-und-in-europa.de*

V.i.S.d.P. Matthias Höhn